

Die Universität als öffentlicher Ort

Teresa Koloma Beck

Universitäten sind öffentliche Orte. Und zwar nicht nur deshalb, weil sie aus Steuergeldern finanziert werden. Sondern vor allem auch, weil es zu den zentralen Merkmalen moderner Wissenschaft zählt, dass sie öffentlich ist. Wissenschaftler:innen und Forschende sind in diesem – in ›unserem‹ – ideengeschichtlichen Horizont keine einsamen Genies, die abgeschieden von der Welt vor sich hin arbeiten. Sie stehen in beständigem Austausch – miteinander und mit der Welt.

Öffentliche Wissenschaft und Erkenntnisfortschritt

Dieser Austausch ist konstitutiv für die wissenschaftliche Praxis, denn er treibt die Entwicklung des Wissens selbst voran. Die vielleicht bekannteste Formulierung dieser Dynamik stammt vom politischen und Wissenschaftstheoretiker Karl Popper. Dieser arbeitete heraus, dass wissenschaftliches Wissen immer und notwendig provisorisch ist. Unser Wissen wächst, weil wissenschaftliche Erkenntnisse nie den Charakter letztgültiger Wahrheiten haben, sondern beständig durch neue Forschungen auf den Prüfstand gestellt, herausgefordert und auch widerlegt werden. Damit dieses produktive Hin und Her zwischen Erkenntnis, Kritik und neuer, veränderter Erkenntnis möglich ist, muss Forschung, muss Wissenschaft öffentlich sein.

In der akademischen Praxis sind diese von Popper beschriebenen Feedbackschleifen dem Forschungsprozess häufig schon auf der Mikroebene eingeschrieben. Ein Großteil der Forschung heute ist in kollektive Praktiken eingebettet: an Forschungsprojekten wird in Teams gearbeitet – nicht nur in den Natur- und Technikwissenschaften, sondern auch in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften; vorläufige Ergebnisse werden in kleineren Workshops mit Kolleg:innen diskutiert, ehe sie der breiteren akademischen

Öffentlichkeit vorgelegt werden; in einigen Forschungsfeldern werden in diese kritischen Austauschprozesse auch potentielle zukünftige ›Nutzer:innen‹ des Wissens einbezogen. Ein Beispiel in meinem eigenen Umfeld ist die qualitative Sozialforschung zu Organisationen und Institutionen, etwa zu einem Unternehmen, einer Schule, einer Polizeiwache oder einer zivilgesellschaftlichen Organisation. Hier ist es üblich, vorläufige Ergebnisse mit denen zu diskutieren, über die und mit denen geforscht wurde, und die Erkenntnisse aus diesen Reflexionsgesprächen in die Forschungsergebnisse einzuarbeiten.

Universitäten sind öffentliche Orte, weil sie diese verschiedenen Formen des Austausches ermöglichen müssen. Und das ist auch der Grund, warum typischerweise auch die Organisation privat finanzierter Universitäten am Modell des öffentlichen Ortes orientiert ist.

Öffentliche Wissenschaft und offene Gesellschaft

Jüngere Wissens-, Wissenschafts- und Gesellschaftstheorien heben hervor, dass die Öffentlichkeit von Wissenschaft und Universitäten noch aus einem weiteren Grund wichtig ist: Universitäten und Forschungseinrichtungen spielen eine zentrale Rolle in der Aufrechterhaltung und Verteidigung der offenen Gesellschaft — oder anders gesprochen: der Demokratie. Sogenannte offene Gesellschaften muten es sich zu, ihre eigene Verfassung immer wieder neu zu reflektieren und im Horizont aktueller Problemlagen und normativer Ideale zu verändern. ›Offen‹ bedeutet also nicht, dass jeder jederzeit kommen kann. ›Offen‹ heißt, dass die Gesellschaft ihre eigene Form nicht als abgeschlossen, sondern als in einem beständigen Prozess der Entwicklung und Veränderung versteht, der sich an praktischen Problemen und universalistischen Prinzipien wie etwa der Menschenwürde orientiert.

Diese Prozesse gesellschaftlicher Selbstreflexion finden in je spezifischer Form in verschiedenen Institutionen statt – in Parlamenten, in Theatern, Redaktionen von Zeitungen und Onlineportalen. Und eben auch in Universitäten. Dabei haben letztere die besondere Rolle, zeitintensive Reflexionsprozesse auch in Grundsatzfragen zu unterhalten – im Modus der Rationalität, jedoch unabhängig von unmittelbaren Entscheidungs- und Handlungszwängen. In Universitäten findet also nicht nur wissenschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Selbstreflexion statt.

Universitäten müssen öffentlich sein, um diese Schlüsselrolle in der offenen Gesellschaft zu erfüllen. Sie müssen situativ und dauerhaft Interfaces mit

anderen gesellschaftlichen Akteuren unterhalten können, um kritischen Austausch zu ermöglichen.

Diese Überlegungen zur Bedeutung von Universitäten und öffentlicher Wissenschaft in der Gesellschaft unterstreichen – aus soziologischer Perspektive – die zentrale Stellung des Grundrechts auf Wissenschaftsfreiheit: Wissenschaftsfreiheit ist wichtig, weil Prozesse offenen Austauschs konstitutiv für die Entwicklung wissenschaftlichen Wissens sind. Und auch deshalb, weil die offene Gesellschaft Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen braucht, um die für sie konstitutiven Prozesse gesellschaftlicher Selbstreflexion zu unterhalten.

Zäune verändern das Drinnen

Wie wirkt sich nun die Einrichtung eines Militärischen Sicherheitsbereichs auf diese Konstellation aus? Aus soziologischer Perspektive lässt sich zeigen, dass ein MSB den Charakter der Universität als öffentlicher Ort unterminiert und im praktischen Sinne Wissenschaftsfreiheit beschneidet.

Wenn ich das sage, spreche ich nicht als Juristin – die ich nicht bin – und auch nicht als Verfassungstheoretikerin – die ich auch nicht bin. Ich spreche als Soziologin, die sich seit mehr als 15 Jahren mit bewaffneten Konflikten und politischer Gewalt (inklusive staatlicher Gewalt) beschäftigt und die sich insbesondere damit befasst hat, wie Versicherheitlichung schleichend Lebenswelten transformiert; wie der Umstand, dass Sicherheit zu einem organisierenden Prinzip von Alltagsvollzügen wird, verändert, was Menschen tun – und nicht nur das: wie es auch verändert, was sie denken, fühlen, wie sie miteinander interagieren.

Wenn ich sage, dass die Versicherheitlichung eines Universitätscampus' in die Freiheit der Wissenschaft eingreift, stelle ich also keine kategorisch begründete normative Behauptung auf. Ich trage ein analytisches Argument vor, das in soziologischen Beobachtungen und Analysen anderer, strukturähnlicher Konstellationen gründet.

Alltagssoziologische Forschungen zeigen, dass Versicherheitlichung soziale und gesellschaftliche Strukturen nicht hauptsächlich und oft auch nicht primär deshalb verändert, weil nun alle Menschen beständig kontrollierenden, beschränkenden oder repressiven Maßnahmen ausgesetzt wären. Vielmehr verändert sich die soziale Realität deshalb, weil Menschen mit kontrollierenden, beschränkenden oder repressiven Maßnahmen rechnen und versuchen,

die damit einhergehenden Unannehmlichkeit zu vermeiden oder zumindest zu reduzieren. Erfahrene Reisende kennen das: Wenn ich damit rechnen muss, dass mein Gepäck inspiziert wird, in einer halb-öffentlichen Situation, dann überlege ich mir anders, was ich in meine Tasche packe. Wenn die Möglichkeit besteht, dass ich mich vor einem Mitglied des Sicherheitspersonals bis auf die Unterwäsche ausziehen muss, spielt das vielleicht schon bei der Auswahl der Unterwäsche am Morgen eine Rolle. Nun sind Leibesvisitationen in einem Militärischen Sicherheitsbereich Helmut-Schmidt-Universität in naher Zukunft kein besonders wahrscheinliches Szenario. Doch geht es mir hier auch nicht um eine Prognose konkreter Kontrollverfahren. Vielmehr sollen diese vertrauteren Beispiele verdeutlichen, wie allein das Wissen, dass kontrolliert werden kann, in Handlungsabläufe und Entscheidungsprozesse eingreift.

In Kontexten der Versicherheitlichung führt die Antizipation von Kontrollen und Einschränkungen zu praktischen, kognitiven und emotionalen Anstrengungen, sich an diese Situation anzupassen. Auf diese Weise verändert Versicherheitlichung individuelles Handeln, zwischenmenschliche Interaktionen sowie die Bedeutung von und das Verhältnis zu Orten im Alltag. Aus der Perspektive der Subjekte findet die Konfrontation mit dem Sicherheitsregime nicht erst – und nicht nur – an der Wache statt, sondern schon, um beim Beispiel zu bleiben, vor dem heimischen Kleiderschrank. Im Modus der Antizipation vervielfältigt sie sich im Alltag. Aus soziologischer Perspektive ist deshalb die in den Diskussion um den Sicherheitsbereich immer wieder vorgebrachte Behauptung, Zäune würde Menschen nicht verändern, also schlicht falsch.

Zäune verändern Beziehungen zum Draußen

Diese Dynamiken betreffen nicht nur jene, die alltäglich innerhalb versicherheitlichter Strukturen leben oder arbeiten. Sie strukturieren auch deren Interaktionen mit Akteuren von ›Außen‹. Die Frage, wie die Unannehmlichkeiten, die mit dem Sicherheitsarrangement einhergehen, sich auf Kooperationspartner:innen und Gäste auswirken, wird zu einem konstitutiven Element jeder Zusammenarbeit mit Externen.

Wenn Wissenschaftler:innen oder Studierende Gäste einladen, werden sie selbst zu Gastgeber:innen, und mit dieser Rolle geht in der Regel ein Gefühl der Verantwortung für die Gestaltung der Erfahrung der Eingeladenen einher.

Gastgeber:innen machen sich sensibel für den Eindruck, den ein Gast nicht nur von ihnen persönlich, sondern auch von dem Ort haben mag, an dem er empfangen wird.

Wie werden Gäste der HSU auf Kontrollen reagieren? Was bedeuten sie für sie in der Praxis? Was mure ich beispielsweise der ukrainischen Kollegin zu, wenn ich sie bei der Wache als Gast anmelde? Was dem Stadtsoziologen aus Süddeutschland, der in seiner Forschung zu Protestkulturen mit radikalen politischen Milieus in Kontakt kam? Kann ich die palästinensische Politikwissenschaftlerin einladen, oder kann es sein, dass sie an der Wache abgewiesen wird? Kann ich dem syrischen Historiker, der politischer Gefangener war und nun im Exil in Deutschland lebt, einen Besuch in der Universität zumuten, wenn er sich nur mit Eskorte auf dem Campus bewegen darf – oder sollte ich ihn doch besser in einem Café in der Stadt treffen?

Versicherheitlichung verändert die Wissenschaft

Bei diesen Fragen geht es um mehr als praktischen Kleinkram. Diese keineswegs nur hypothetischen Konstellationen machen deutlich, wie Zugangskontrollen sich auf die sozialen Bedingungen wissenschaftlicher Praxis auswirken. Sie verändern die möglichen sozialen Konstellationen, in denen sich Forschungsprozesse ereignen können. Und indem sie das tun, indem sie konfigurieren, was sozial möglich ist, greifen sie in die Forschung selbst ein.

In manchen Fällen mag es relativ einfache ›Lösungen‹ für diese Probleme geben: Man kann, das haben wir im ersten Teil des Symposiums schon gehört, versuchen auszuweichen. Veranstaltungen und Treffen können auch außerhalb des Campus stattfinden; und angesichts der dichten Hamburger Forschungsinfrastruktur und der guten, lokalen Vernetzung vieler Forschenden an der der HSU, ist das oft vielleicht auch gar nicht schwierig. Dieses Vorgehen mag das Problem auf Seiten der Forschenden lösen — gut für die Universität ist es nicht. Wenn Forschungsdebatten nicht mehr auf dem Campus stattfinden, verschwinden sie für die Hochschulöffentlichkeit. Dass andere Kolleg:innen und insbesondere Studierende an wissenschaftlichen Veranstaltungen teilnehmen, wird deutlich unwahrscheinlicher.

In manchen Fällen wird – und auch das haben wir auf dem Symposium gehört – die Entscheidung fallen, dass eine interessante und relevante Forschung nicht stattfinden kann — schlicht weil es nicht möglich ist, die dafür notwendigen Personen unter angemessenen Bedingungen zusammenzubringen.

Nun könnte man all dem entgegen, dass das Streben nach Forschungs-kooperationen über Staatsgrenzen wie auch über innergesellschaftliche Grenzen hinweg vielleicht lobenswert ist, am Ende aber doch ein Nischenproblem einzelner Forschungsfelder oder Disziplinen. Dem möchte ich entschieden widersprechen! Der Dialog zwischen Forschenden – und auch Studierenden – aus unterschiedlichen Teilen der Welt und aus unterschiedlichen epistemischen Kulturen, wie auch der Auf- und Ausbau diesbezüglicher Forschungsinfrastrukturen ist eine der zentralen Herausforderungen für die Wissenschaften überhaupt. Die Wissens- und Wissenschaftsforschung der letzten Jahrzehnte hat auf die Leerstellen, blinden Flecken und Kurzsichtigkeiten aufmerksam gemacht, die sich dadurch ergeben, dass sich wissenschaftliches Wissen stets in Ko-Evolution mit Machtstrukturen entwickelt hat. Um die Wissenschaft als ein universalistisch gedachtes Projekt zu verteidigen, braucht es deshalb insbesondere der Kooperationen über die Grenzen weltgesellschaftlicher Machtasymmetrien hinweg. Die Freiheit und Öffentlichkeit der Wissenschaft und ihrer Einrichtungen sind dafür konstitutive Voraussetzungen.